

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtsblatt des Badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht 1922

28 (6.7.1922)

Amtsblatt

des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Herausgegeben vom Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ausgegeben

Karlsruhe, den 6. Juli

1922.

Inhalt.

Bekanntmachungen des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: Die dritte Änderung des Besoldungsgesetzes. — Die Dienstbezüge der Beamten.

Bekanntmachungen des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Die dritte Änderung des Besoldungsgesetzes.

Die Bestimmungen über die Bewilligung von Kinderzuschlägen haben nach der dritten Änderung des Besoldungsgesetzes — Gesetz- und Verordnungsblatt 1922 Seite 385 — einige grundsätzliche Änderungen erfahren. Vor allem können vom 1. April 1922 an für Kinder vom 14. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr Kinderzuschläge nur noch unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden; auch die Bestimmungen über die Stiefkinder und die unehelichen Kinder sind gegenüber der ursprünglichen Fassung geändert worden. Da wegen der Bewilligung der Kinderzuschläge nach den neuen Bestimmungen sowie über die Bewilligung des Frauenzuschlages noch keine Richtlinien vom Reich erlassen worden sind, wird bei der Anweisung vorerst nach den folgenden Grundsätzen verfahren werden:

I. Kinderzuschläge.

A. Für Kinder vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre.

1. Für Kinder vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre wird vom 1. April 1922 an der Kinderzuschlag nur gewährt, wenn sie sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden, oder wenn sie wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd erwerbsunfähig sind; der Kinderzuschlag mit Einschluß des Teuerungszuschlages für diese Kinder wird jedoch um den Betrag gekürzt, um den das eigene jährliche Einkommen des Kindes den Betrag von 4000 M übersteigt.

2. Als Schulausbildung im Sinne des Gesetzes gilt nicht nur die Schulausbildung auf die Dauer der Schulpflicht, sondern insbesondere auch die weitere Ausbildung an höheren Lehranstalten, Hochschulen, Volkshandelschulen usw., nicht aber auch der Besuch der Fort-

bildungsschule. Die regelmäßigen Ferien unterbrechen die Schulausbildung nicht. Das gleiche gilt auch für die Zeit nach der Absolvierung einer Schule bis zum Eintritt in eine Hochschule oder Fachschule, vorausgesetzt, daß der Übertritt bereits mit dem Beginn des nächsten Studienjahres erfolgt.

3. Unter der Berufsausbildung ist nur die Ausbildung für einen künftig gegen Entgelt auszuübenden Lebensberuf zu verstehen. Diese Voraussetzung ist beispielsweise gegeben bei Söhnen und Töchtern, die als Lehrlinge in der Vorbereitung für einen Beruf stehen, wenn sie auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages verpflichtet sind, einen vorgeschriebenen mehrjährigen Lehrgang durchzumachen. Die Voraussetzungen der Ausbildung sind z. B. nicht gegeben bei Töchtern von Beamten, wenn sie lediglich zu ihrer weiteren Ausbildung Unterricht nehmen, wie z. B. Kochkurse, Nähkurse, Zuschneidekurse und dergl. besuchen oder das Kleidermachen, Weißnähen, Sticken, Bügeln oder dergl. in einem Umfange erlernen, wie er zur selbständigen Führung eines Haushalts üblich ist. Die Erwerbung hauswirtschaftlicher Kenntnisse gilt auch dann nicht als Berufsausbildung, wenn im Anschluß daran oder später die Ausbildung zu einem gegen Entgelt auszuübenden Lebensberuf erfolgen soll. Der Kinderzuschlag steht in diesem Fall erst vom Beginn der eigentlichen Berufsausbildung an zu. Auch der Besuch einer Musik- oder dergl. Schule begründet nicht die Bewilligung des Kinderzuschlages, wenn die Ausbildung nicht die Grundlage für einen später gegen Entgelt auszuübenden Lebensberuf bilden soll. Der Schulbesuch muß in diesen Fällen die höchste Pflichtstundenzahl der Fortbildungsschule wesentlich übersteigen. Die Ausbildung einer Tochter in Haushaltgeschäften des elterlichen Haushalts oder die Beschäftigung eines über 14 Jahre alten Kindes in der Landwirtschaft seines Vaters oder dergl. kann nicht als Berufsausbildung im Sinne des § 15 Absatz 2 des Besoldungsgesetzes angesehen werden.

Kann bei einem Kinde, welches das 14. Lebensjahr vollendet hat, die Berufsausbildung aus irgend einem Grunde nicht längstens innerhalb vier Wochen nach Beendigung der Schulausbildung beginnen, so ist die Zahlung des Kinderzuschlages solange einzustellen, bis die Ausbildung für einen künftig gegen Entgelt auszuübenden Beruf ihren Anfang nimmt.

Wird die Berufsausbildung durch Krankheit vorübergehend unterbrochen, so wird der Kinderzuschlag weiter gewährt.

4. Bei der Verschiedenartigkeit der Fälle der Schul- oder Berufsausbildung muß im übrigen die Entscheidung der Frage, ob die Voraussetzungen für die Gewährung des Kinderzuschlages gegeben sind, von Fall zu Fall, nötigenfalls im Benehmen mit dem Finanzministerium, getroffen werden.

5. Die Gewährung des Kinderzuschlages für Kinder, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähig sind, setzt eine dauernde Erwerbsunfähigkeit voraus; vorübergehende Erkrankung gilt nicht als Gebrechen im Sinne des Gesetzes. Die völlige und dauernde Erwerbsunfähigkeit ist durch Vorlegung eines Zeugnisses eines beamteten Arztes (Bezirksarzt, Anstaltsarzt usw.) nachzuweisen.

6. Kinder, die sich wegen eigener Erwerbslosigkeit oder auch zur Unterstützung erkrankter Angehöriger usw. im elterlichen Haushalt befinden, scheiden für die Bewilligung des Kinderzuschlages vom 1. April 1922 an aus.

7. Der Kinderzuschlag samt Teuerungszuschlag für Kinder vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr wird um den Betrag gekürzt, um den das eigene Einkommen des Kindes den Betrag von jährlich 4000 M übersteigt. Zum eigenen Einkommen des Kindes zählen auch die den Eltern kraft eines Nutznießungsrechts am Kindesvermögen zufließenden Einkünfte, ferner Sachbezüge jeder Art. Bezieht ein Kind ein Einkommen, das ganz oder teilweise aus Sachleistungen besteht, sind für die Ermittlung des Gesamteinkommens die Sachleistungen mit den Ortspreisen zu veranschlagen, wie sie von den Finanzämtern im Vollzug des Einkommenssteuergesetzes festgesetzt sind. Erhält sonach z. B. ein im 17. Lebensjahre stehender Sohn eines Beamten als Lehrling einen jährlichen Barlohn von 3960 M und freien Mittagstisch im Wertanschlag von jährlich 3000 M, so sind $(6960 - 4000 =)$ 2960 M anzurechnen und zwar 2340 M auf den Teuerungszuschlag, der damit ganz wegfällt, und 620 M auf den Kinderzuschlag, der dann noch $(3600 - 620 =)$ 2980 M beträgt.

Mit Wirkung vom 1. April 1922 zählen nicht mehr zum eigenen Einkommen des Kindes Waisenbezüge, die — gleichgültig an wen — auf Grund von Ansprüchen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis gezahlt werden. Die Vorschrift der Ziffer 188 der Reichsbesoldungsvorschriften ist aufgehoben; Rückforderungen oder Nachzahlungen unterbleiben.

B. Für Stiefkinder.

1. Der Kinderzuschlag für Stiefkinder wird vom 1. April 1922 an nur gewährt, wenn das Kind in den Hausstand des Beamten aufgenommen ist. Der Begriff „Aufnahme in den Hausstand“ erfordert nicht ununterbrochene Aufnahme in die Wohnungsgemeinschaft, sondern ist im weiteren Sinne der Aufnahme in die Familiengemeinschaft aufzufassen. So liegt z. B. die Aufnahme in den Hausstand noch vor, wenn der Beamte sein Stiefkind auf seine Kosten zum Zweck der Erziehung oder Ausbildung vorübergehend in einer Erziehungsanstalt oder bei Verwandten oder bei einer andern Familie unterbringt, während der Ferien aber regelmäßig in seinen Haushalt aufnimmt. Die Aufnahme in den Hausstand ist dagegen, selbst wenn der Beamte im übrigen für den Unterhalt des Kindes ganz oder teilweise sorgen sollte, nicht mehr als gegeben anzusehen, wenn das Stiefkind dauernd bei Dritten untergebracht ist und sich nur vorübergehend im Hausstande des Beamten aufhält.

2. Wird der Unterhalt des Stiefkindes, das in den Hausstand des Beamten aufgenommen ist, teilweise von sonstigen Unterhaltspflichtigen bestritten, so werden diese Leistungen auf den Kinderzuschlag und den Teuerungszuschlag voll angerechnet. Zu den Leistungen sonstiger Unterhaltspflichtiger zählen nicht die Waisengelder oder waisengeldähnlichen Bezüge, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden.

C. Für uneheliche Kinder.

a. Der Beamte als Erzeuger eines unehelichen Kindes.

1. Der Beamte als Erzeuger eines unehelichen Kindes erhält vom 1. April 1922 an den Kinderzuschlag nur, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist und wenn er das Kind in seinen

Hausstand (vgl. Buchstabe B Ziffer 1) aufgenommen hat oder auf andere Weise nachweislich für seinen vollen Unterhalt aufkommt.

2. Hat der Beamte das uneheliche Kind nicht in seinen Hausstand aufgenommen, so erhält er den Kinderzuschlag samt Teuerungszuschlag nur, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist und er nachweislich den vollen Unterhalt des Kindes bestreitet. Wird der Unterhalt nicht voll von ihm bestritten, sondern teilweise von Dritten, gleichgültig, ob diese unterhaltspflichtig sind oder nicht, so erhält der Beamte den Kinderzuschlag nicht, auch nicht verhältnismäßig oder gekürzt um den Geldwert der Unterhaltsleistungen Dritter.

3. Wegen der Verschiedenartigkeit der Fälle kann ein Grundsatz darüber nicht aufgestellt werden, wie der Nachweis der vollen Unterhaltsleistungen im einzelnen Falle zu erbringen ist. Die Entscheidung darüber steht den einzelnen Ministerien, erforderlichenfalls im Benehmen mit dem Finanzministerium zu. Im allgemeinen wird die Bestätigung der Vormundschaftsbehörde, daß der uneheliche Vater den vollen Unterhalt des Kindes bestreitet, genügen. Da der Kinderzuschlag samt Teuerungszuschlag nicht so bemessen ist, daß er zur Bestreitung des vollen Unterhalts des Kindes ausreicht, so wird jedoch in den Fällen, in denen der uneheliche Vater eine Unterhaltsrente nur bis zur Höhe des Kinderzuschlags samt Teuerungszuschlag oder in einem den Kinderzuschlag samt Teuerungszuschlag nicht wesentlich übersteigenden Betrage gewährt, das Vorliegen der vollen Unterhaltsleistung in der Regel nicht gegeben sein.

4. Hat der Beamte das Kind durch eine einmalige Zuwendung oder in ähnlicher Weise abgefunden, so darf bei der Würdigung der Frage, ob der uneheliche Vater den vollen Unterhalt leistet, der Wert der Abfindung geteilt durch die Anzahl der Jahre für die sie erfolgt ist, als jährliche Unterhaltsleistung in Ansatz gebracht werden. Hat sich der Beamte außerdem nachträglich zu einer laufenden Unterhaltsrente verpflichtet oder ist er zur Zahlung einer solchen verurteilt worden, so ist bei der Prüfung der Frage, ob der volle Unterhalt geleistet wird, der Betrag dieser Unterhaltsrente dem erwähnten Jahresbetreffnis aus der einmaligen Zuwendung zuzuschlagen.

b. Die Beamtin als Mutter eines unehelichen Kindes.

1. Der Beamtin als Mutter eines unehelichen Kindes wird der Kinderzuschlag nicht gewährt, wenn der uneheliche Vater wegen seiner Verwendung im Staatsdienst oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste Anspruch auf den Kinderzuschlag hat. Steht dem Erzeuger der Anspruch auf den Kinderzuschlag nicht zu, so erhält die Beamtin den Kinderzuschlag,

- a. wenn sie ihr Kind in ihren Hausstand aufgenommen hat (vgl. B Ziffer 1) oder
- b. wenn sie auf sonstige Art nachweislich den vollen Unterhalt des Kindes bestreitet.

2. Hat der Erzeuger das Kind durch eine einmalige Zuwendung oder in ähnlicher Weise abgefunden, so gilt der Wert der Abfindung, geteilt durch die Anzahl der Jahre, für die sie erfolgt ist, als jährliche Unterhaltsleistung des Erzeugers. Im Fall der Ziffer 1 Satz 2a wird sie mit diesem Betrag auf den Kinder- und Teuerungszuschlag angerechnet; hat die Beamtin dagegen ihr Kind nicht in ihren Hausstand aufgenommen, so wird ihr der Kinder-

und Teuerungszuschlag nicht gewährt, weil die Beamtin nicht den vollen Unterhalt des Kindes bestreitet.

In allen Fällen darf der Kinderzuschlag nebst Teuerungszuschlag für ein und dasselbe Kind nur einmal gewährt werden.

D. Beginn, Änderung und Wegfall der Kinderzuschläge.

Wegen des Beginnes der Änderung und des Wegfalls der Kinderzuschläge sind die Bestimmungen der Ziffer 191 bis 193a R.V.B. auch für Baden maßgebend.

II. Frauenzuschlag.

1. Mit Wirkung vom 1. April 1922 wird den planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, die verheiratet und zum Unterhalt ihrer Ehefrau verpflichtet sind, ein Frauenzuschlag in Höhe von jährlich 2500 M gewährt. Auch die verheirateten Beamten im Vorbereitungsdienst oder in der Probefristzeit erhalten ihn und zwar mit dem Hundertsatz, welcher der Berechnung ihrer Grundvergütung zu Grunde gelegt ist.

2. Der Frauenzuschlag wird nicht gewährt, wenn die Ehefrau als Beamtin, Vertragsangestellte oder Arbeiterin im Dienste des Reichs, eines Landes oder einer sonstigen öffentlichen Körperschaft Gehalt (Lohn) bezieht; hierbei gilt die Ehefrau nur dann als Arbeitnehmerin, wenn sie wöchentlich mindestens 24 Stunden beschäftigt ist.

3. Dem geschiedenen Beamten steht der Frauenzuschlag auch dann nicht zu, wenn er verpflichtet ist, für den Unterhalt seiner geschiedenen Frau zu sorgen, oder wenn er im eigenen Hausstande den vollen Unterhalt von unterhaltsberechtigten Kindern bestreitet.

4. Leben die Ehegatten getrennt, so darf der Frauenzuschlag dem Beamten nur gewährt werden, wenn er den vollen Unterhalt der getrennt lebenden Ehefrau oder in seinem eigenen Hausstand den vollen Unterhalt von unterhaltsberechtigten Kindern bestreitet.

5. Verwitwete Beamte erhalten den Frauenzuschlag nur, wenn sie den vollen Unterhalt von unterhaltsberechtigten Kindern im eigenen Hausstand bestreiten.

6. Ein eigener Hausstand ist dann anzunehmen, wenn der Beamte eine Wohnung mit eigener Geräteausstattung besitzt, eigene Küche führt und eine Person unterhält, die durch die Besorgung seiner Hauswirtschaft ausschließlich oder vorwiegend in Anspruch genommen ist. Als unterhaltsberechtig in diesem Sinne gelten nur Kinder, für welche Kinderzuschläge mit Teuerungszuschlägen in der vollen gesetzlichen Höhe dem Beamten gewährt werden. Der Frauenzuschlag an verwitwete Beamte wird also weder ganz noch teilweise bezahlt, wenn der Kinderzuschlag wegen eigenen Einkommens des Kindes gekürzt wird.

7. Beamte, die im Staatsdienste nur ein Nebenamt bekleiden, erhalten keinen Frauenzuschlag. Bezieht ein Beamter den Grundgehalt aus staatlichen Mitteln und zugleich aus Mitteln des Reichs oder eines anderen Landes, so erhält er den Frauenzuschlag nur mit dem Teilbetrag, der dem aus Staatsmitteln gezahlten Grundgehalt entspricht.

8. Zu dem Frauenzuschlag wird ein Teuerungszuschlag nicht gewährt. Dagegen bildet der Frauenzuschlag einen Bestandteil des Sterbegehaltes. Stirbt die unterhaltsberechtigte

Ehefrau, so erhält der Beamte den Frauenzuschlag, auch sofern er nicht bereits nach Ziffer 5 als Witwer Anspruch darauf hat, noch für den ganzen Sterbemonat sowie für die darauf folgenden zwei Monate.

9. Verheiratet sich ein Beamter, so beginnt der Anspruch auf Zahlung des Frauenzuschlags von dem Ersten des Monats in dem er sich verheiratet hat.

Karlsruhe, den 24. Juni 1922.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Der Ministerialdirektor:

Schmidt.

Eiseler.

Die Dienstbezüge der Beamten.

Entsprechend dem Vorgehen des Reichs werden auch in Baden mit Wirkung vom 1. Juni 1922 ab die Teuerungsbezüge wieder neu festgesetzt werden. Darnach wird künftig der Teuerungszuschlag der planmäßigen Beamten betragen:

- a. allgemein für Grundgehalt und Ortszuschlag und Kinderzuschlag 105 v. H. (bisher 65 v. H.).
- b. außerdem wie bisher für die ersten 10 000 M des Grundgehalts und Ortszuschlags weitere 55 v. H. = 5500 M (wie bisher).

Die außerplanmäßigen Beamten nehmen an dieser Erhöhung der Bezüge der planmäßigen Beamten mit den gleichen Hundertsätzen wie bisher teil.

Die Bezüge der Angestellten werden gemäß § 16 des Teiltarifvertrags und § 3a des Ergänzungsabkommens entsprechend erhöht.

Die Neu festsetzung und Anweisung wird für den Bereich der Hochschulen und der Anstalten für Künste und Wissenschaften unmittelbar von unserer Zentralrechnungsstelle aus erfolgen; für die übrigen uns unterstehenden Anstalten und Schulen werden wir im Einverständnis mit den Lehrerorganisationen die Lehrer in ähnlicher Weise wieder beteiligen, wie dies bereits zur Durchführung der vom 1. Mai ab gültigen Erhöhung der Teuerungszuschläge geschehen ist.

Wir werden hiernach durch Vermittlung der Direktionen und Kreisschulämter (Volkschulrektorate) jedem Lehrer die notwendigen Vordrucke zur Aufstellung der Urschrift und der Reinschrift der Anweisungen sowie der für die Bezirksstellen zur Benachrichtigung des Lehrers bestimmten zweiten Fertigung zugehen lassen; gleichzeitig veröffentlichen wir in der Anlage eine Anleitung zur Aufstellung der Anweisungen sowie die notwendigen Berechnungstabellen und das Muster einer Anweisung.

Wir ersuchen hiernach sämtliche Lehrer der Höheren Lehranstalten, der Gewerbe- und Handelsschulen sowie der Volksschulen (einschließlich der planmäßigen und außerplanmäßigen

Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen), die Anweisungen mit Sorgfalt und Genauigkeit bis längstens 10. Juli 1922 unter genauer Beachtung der in der Anleitung gegebenen Vorschriften fertigzustellen; die fertigen Anweisungen (Urschrift und Reinschriften) der Lehrer an Höheren Lehranstalten und Gewerbe- und Handelsschulen sind alsbald durch die Anstaltsdirektionen, bei den Volksschulen für jede Schule gesammelt durch die Ortsschulbehörden oder die Volksschulrektorate an unsere Rechnungsstelle einzusenden.

Für die ohne Beamteneigenschaft vertragsmäßig vollbeschäftigten Haushaltungs- und Handarbeitslehrerinnen sowie für die Beamten im Probe- und Vorbereitungsdiensft werden die Anweisungen von hier aus fertiggestellt.

Bezüglich der Kinderzuschläge für Kinder über 14 Jahre verweisen wir auf die in gleicher Nummer des Amtsblatts erscheinende Bekanntmachung vom 24. Juni 1922. Die hiernach notwendig gewordene genaue Nachprüfung der Jahresnachweise wird die vorherige Behebung von Anständen und Beibringung von Nachweisen notwendig machen. Da vorher Kinderzuschläge für solche über 14 Jahre alte Kinder in die Berechnung nicht aufgenommen werden können, ist die förderliche Erledigung solcher Anfragen im Interesse der Beteiligten gelegen. Die Kinderzuschläge für solche über 14 Jahre alte Kinder, für welche der Kinderzuschlag nach § 15 des Bes. Ges. noch weiterhin zuständig ist, werden mit Rückwirkung für die abgelaufene Zeit unmittelbar von hier aus angewiesen werden.

Karlsruhe, den 30. Juni 1922.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Der Ministerialdirektor:

Schmidt.

Eisele.

Anlage 1.

Anleitung**zur Festsetzung und Anweisung der vom 1. Juni 1922 ab zahlbaren Dienstbezüge der Lehrer.**

1. Die Lehrer der Höheren Lehranstalten, der Gewerbe- und Handelsschulen sowie der Volksschulen erhalten durch Vermittlung ihrer vorgesetzten Dienststelle je 3 Vordrucke und zwar:
- die für die Akten der Zentralrechnungsstelle bestimmte Urschrift (auf gelbem Papier);
 - die für die Landeshauptkasse bestimmte Reinschrift der Anweisung (auf weißem Papier);
 - die zur Rücksendung bestimmte Benachrichtigung über die Anweisung (auf weißem Papier).

Die Vordrucke sind in der linken unteren Ecke nach dieser ihrer Art bezeichnet. Falls einem Lehrer keine Vordrucke zugehen sollten oder nicht in der richtigen Anzahl, oder falls er für verlorene oder unbrauchbar gewordene noch mehr benötigt, hat er dies sofort seiner vorgesetzten Dienststelle anzuzeigen.

2. Zunächst ist die Urschrift fertigzustellen.

Auf der Vorderseite sind die beiden oberen Ecken, die durch Striche abgegrenzt sind, freizulassen; es ist nur die Amtsbezeichnung (Direktor, Professor, Gewerbelehrer usw., Lehr- amtspraktikant, Hauptlehrer, Fortbildungsschulhauptlehrer, Hilfslehrer, Schulverwalter) und nur der Vor- und Zuname des Lehrers, dessen Dienststelle und Dienstort, sowie unter II der Name des Kreis Schulamts (Volksschulrektors) oder der Anstaltsdirektion beizusetzen.

Auf der Rückseite sind zunächst in Spalte 3 (bisher jährlich) die zuletzt angewiesenen Jahresbeträge einzusetzen; im allgemeinen sind dies die vom 1. Mai 1922 neu festgesetzten Beträge, die von den Lehrern seinerzeit aufgrund unserer Bekanntmachung vom 18. Mai 1922 (Nr. 21 des Amtsblatts) selbst berechnet und über welche ihnen die von unserer Rechnungsstelle geprüften Benachrichtigungen zugegangen sind. Wo aber seit 1. Mai 1922 bis einschließlich 1. Juni 1922 bereits Veränderungen durchgeführt worden sind, über welche den Lehrern Benachrichtigung zugegangen ist, sind die in diesen Benachrichtigungsschreiben festgesetzten Zahlen zugrunde zu legen. Wir machen bei dieser Gelegenheit nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Kinderzuschläge für über 14 Jahre alte Kinder, die nicht bereits von hier aus angewiesen sind, in den neuen Berechnungen von den Lehrern unter keinen Umständen eingesetzt werden dürfen. Die Nachzahlung solcher Kinderzuschläge für die abgelaufene und für die kommende Zeit erfolgt unmittelbar von hier aus, wenn die hierwegen notwendigen Prüfungen und Erhebungen durchgeführt sind.

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß in Spalte 3 höhere oder niederere Beträge an Ortszuschlag usw., über deren Anweisung der Lehrer nicht bereits eine Benachrichtigung in Händen hat, nicht eingesetzt werden dürfen; falls für die rückliegende Zeit oder für die Zeit vom 1. Juni 1922 infolge Versetzung oder sonstiger Umstände andere als die bereits festgesetzten Zahlen tatsächlich zuständig wären, ersuchen wir den Lehrer, seiner Aufstellung eine kurze Mitteilung hierüber beizulegen.

In Spalte 4 (künftig jährlich) sind die gleichen Beträge einzusetzen, wie in Spalte 3 mit Ausnahme unter d und f und k. Nur die Beträge unter d und f sind neu zu berechnen. Unter d und f belaufen sich diese Beträge für alle planmäßigen Beamten sowie für die außerplanmäßigen Beamten mit 6 und mehr Vergütungsdienstjahren auf 105 v. H., statt bisher 65 v. H. der unter c und e eingesetzten Beträge.

Aus den in Anlage 2a und 2c veröffentlichten Berechnungstabellen sind diese Beträge ohne weiteres abzulesen.

Die Teuerungszuschläge der außerplanmäßigen Beamten mit weniger als 6 Vergütungsdienstjahren sind in gleicher Weise festzusetzen, wie dies in der Anlage 1 Ziffer 2 zur Bekanntmachung vom 18. Mai 1922 auseinandergesetzt ist. Nur sind hier ebenfalls statt 65 v. H. allgemein 105 v. H. einzusetzen. Die für alle außerplanmäßigen Beamten in Betracht kommenden Zahlen sind aus den weiter veröffentlichten Hilfstabellen (2b) ohne weiteres abzulesen.

In Spalte 5 sind ebenfalls nur unter d und f die jährlichen Unterschiede einzusetzen, ebenfalls in Spalte 8 die aus diesen Jahresunterschieden sich ergebenden Teilbeträge. Diese Zahlen können aus den Berechnungstabellen ohne weiteres abgelesen werden.

Die Spalten 6 und 7 sind von den Lehrern außer Acht zu lassen; ihre Ausfüllung oder Ergänzung ist Sache der Rechnungsstelle.

Unter k sind schließlich die Summen von Spalte 3 und 4 zu ziehen.

3. Hiernach ist die Reinschrift der eigentlichen Anweisung zu fertigen als genau gleiche Abschrift der Urschrift; nur ist auf der Vorderseite Glied II (Nachricht der Direktion oder dem Kreisschulamt) wegzulassen, dagegen ist auf der Rückseite unter 1 die neue in Spalte 4 errechnete Gesamtsumme mit Worten in genauer Reihenfolge der Ziffern ohne jedes Bindewort zu wiederholen, z. B. 78.275 Mark

— Siebzigachttausend zweihundert siebenzigfünf Mark —

72.025 Mark

— Siebzigzweitausend zwanzigfünf Mark —

Das Bindewort „und“ ist nicht zu gebrauchen.

Weiter weisen wir darauf hin, daß in der Reinschrift der eigentlichen Anweisung keinerlei Änderungen oder Radierungen vorgenommen werden dürfen.

4. Die Benachrichtigung stellt ebenfalls eine Abschrift dar, ohne Wiederholung der neuen Gesamtsumme in Worten.

Die Benachrichtigung wird nach Prüfung von unserer Rechnungsstelle den einzelnen Lehrern wieder ausgehändigt werden als Unterlage für künftige weitere Berechnungen; sie ist daher von den Lehrern sorgfältig aufzubewahren.

Hilfs-
zur Berechnung der Bezüge der plan-

Def. Gr.	Grund- gehalt	A.					B.					Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z.
		Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z.	Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate	Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z.	Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate		
	*	*		**			*		**			*	
	185	233	24465	53265	9320	7766,67	221	23205	50805	8840	7366,67	215	22575
	195	243	25515	55315	9720	8100,00	231	24255	52855	9240	7700,00	225	23625
	205	261	27405	59005	10440	8700,00	247	25935	56135	9880	8233,33	240	25200
	213	269	28245	60645	10760	8966,67	255	26775	57775	10200	8500,00	248	26040
VI.	221	285	29925	63925	11400	9500,00	269	28245	60645	10760	8966,67	261	27405
	229	293	30765	65565	11720	9766,67	277	29085	62285	11080	9233,33	269	28245
	236	300	31500	67000	12000	10000,00	284	29820	63720	11360	9466,67	276	28980
	243	307	32235	68435	12280	10233,33	291	30555	65155	11640	9700,00	283	29715
	250	314	32970	69870	12560	10466,67	298	31290	66590	11920	9933,33	290	30450
	200	256	26880	57980	10240	8533,33	242	25410	55110	9680	8066,67	235	24675
	210	266	27930	60030	10640	8866,67	252	26460	57160	10080	8400,00	245	25725
	220	284	29820	63720	11360	9466,67	268	28140	60440	10720	8933,33	260	27300
	230	294	30870	65770	11760	9800,00	278	29190	62490	11120	9266,67	270	28350
VII.	240	304	31920	67820	12160	10133,33	288	30240	64540	11520	9600,00	280	29400
	250	314	32970	69870	12560	10466,67	298	31290	66590	11920	9933,33	290	30450
	260	324	34020	71920	12960	10800,00	308	32340	68640	12320	10266,67	300	31500
	270	334	35070	73970	13360	11133,33	318	33390	70690	12720	10600,00	310	32550
	280	352	36960	77660	14080	11733,33	334	35070	73970	13360	11133,33	325	34125
	220	284	29820	63720	11360	9466,67	268	28140	60440	10720	8933,33	260	27300
	235	299	31395	66795	11960	9966,67	283	29715	63515	11320	9433,33	275	28875
	250	314	32970	69870	12560	10466,67	298	31290	66590	11920	9933,33	290	30450
	262	326	34230	72330	13040	10866,67	310	32550	69050	12400	10333,33	302	31710
VIII.	274	338	35490	74790	13520	11266,67	322	33810	71510	12880	10733,33	314	32970
	286	358	37590	78890	14320	11933,33	340	35700	75200	13600	11333,33	331	34755
	298	370	38850	81350	14800	12333,33	352	36960	77660	14080	11733,33	343	36015
	310	382	40110	83810	15280	12733,33	364	38220	80120	14560	12133,33	355	37275
	250	314	32970	69870	12560	10466,67	298	31290	66590	11920	9933,33	290	30450
	266	330	34650	73150	13200	11000,00	314	32970	69870	12560	10466,67	306	32130
	282	354	37170	78070	14160	11800,00	336	35280	74380	13440	11200,00	327	34335
	298	370	38850	81350	14800	12333,33	352	36960	77660	14080	11733,33	343	36015
IX.	314	386	40530	84630	15440	12866,67	368	38640	80940	14720	12266,67	359	37695
	330	402	42210	87910	16080	13400,00	384	40320	84220	15360	12800,00	375	39375
	345	417	43785	90985	16680	13900,00	399	41895	87295	15960	13300,00	390	40950
	360	432	45360	94060	17280	14400,00	414	43470	90370	16560	13800,00	405	42525

tafel
mäßigen Beamten ab 1. Juni 1922.

C.				D.				E.				
Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate	Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z.	Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate	Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z.	Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate
**			*		**			*		**		
49575	8600	7166,67	209	21945	48345	8360	6966,67	203	21315	47115	8120	6766,67
51625	9000	7500,00	219	22995	50395	8760	7300,00	213	22365	49165	8520	7100,00
54700	9600	8000,00	233	24465	53265	9320	7766,67	226	23730	51830	9040	7533,33
56340	9920	8266,67	241	25305	54905	9640	8033,33	234	24570	53470	9360	7800,00
59005	10440	8700,00	253	26565	57365	10120	8433,33	245	25725	55725	9800	8166,67
60645	10760	8966,67	261	27405	59005	10440	8700,00	253	26565	57365	10120	8433,33
62080	11040	9200,00	268	28140	60440	10720	8933,33	260	27300	58800	10400	8666,67
63515	11320	9433,33	275	28875	61875	11000	9166,67	267	28035	60235	10680	8900,00
64950	11600	9666,67	282	29610	63310	11280	9400,00	274	28770	61670	10960	9133,33
53675	9400	7833,33	228	23940	52240	9120	7600,00	221	23205	50805	8840	7366,67
55725	9800	8166,67	238	24990	54290	9520	7933,33	231	24255	52855	9240	7700,00
58800	10400	8666,67	252	26460	57160	10080	8400,00	244	25620	55520	9760	8133,33
60850	10800	9000,00	262	27510	59210	10480	8733,33	254	26670	57570	10160	8466,67
62900	11200	9333,33	272	28560	61260	10880	9066,67	264	27720	59620	10560	8800,00
64950	11600	9666,67	282	29610	63310	11280	9400,00	274	28770	61670	10960	9133,33
67000	12000	10000,00	292	30660	65360	11680	9733,33	284	29820	63720	11360	9466,67
69050	12400	10333,33	302	31710	67410	12080	10066,67	294	30870	65770	11760	9800,00
72125	13000	10833,33	316	33180	70280	12640	10533,33	307	32235	68435	12280	10233,33
58800	10400	8666,67	252	26460	57160	10080	8400,00	244	25620	55520	9760	8133,33
61875	11000	9166,67	267	28035	60235	10680	8900,00	259	27195	58595	10360	8633,33
64950	11600	9666,67	282	29610	63310	11280	9400,00	274	28770	61670	10960	9133,33
67410	12080	10066,67	294	30870	65770	11760	9800,00	286	30030	64130	11440	9533,33
69870	12560	10466,67	306	32130	68230	12240	10200,00	298	31290	66590	11920	9933,33
73355	13240	11033,33	322	33810	71510	12880	10733,33	313	32865	69665	12520	10433,33
75815	13720	11433,33	334	35070	73970	13360	11133,33	325	34125	72125	13000	10833,33
78275	14200	11833,33	346	36330	76430	13840	11533,33	337	35385	74585	13480	11233,33
64950	11600	9666,67	282	29610	63310	11280	9400,00	274	28770	61670	10960	9133,33
68230	12240	10200,00	298	31290	66590	11920	9933,33	290	30450	64950	11600	9666,67
72535	13080	10900,00	318	33390	70690	12720	10600,00	309	32445	68845	12360	10300,00
75815	13720	11433,33	334	35070	73970	13360	11133,33	325	34125	72125	13000	10833,33
79095	14360	11966,67	350	36750	77250	14000	11666,67	341	35805	75405	13640	11366,67
82375	15000	12500,00	366	38430	80530	14640	12200,00	357	37485	78685	14280	11900,00
85450	15600	13000,00	381	40005	83605	15240	12700,00	372	39060	81760	14880	12400,00
88525	16200	13500,00	396	41580	86680	15840	13200,00	387	40635	84835	15480	12900,00

Bef. Gr.	Grund- gehalt	A.					B.					Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z ₃
		Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z ₃	Summe	Nebr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate	Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Z ₃	Summe	Nebr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate		
X.	*	*	**				*	**				*	
	280	352	36960	77660	14080	11733,33	334	35070	73970	13360	11133,33	325	34125
	300	372	39060	81760	14880	12400,00	354	37170	78070	14160	11800,00	345	36225
	320	392	41160	85860	15680	13066,67	374	39270	82170	14960	12466,67	365	38325
	340	412	43260	89960	16480	13733,33	394	41370	86270	15760	13133,33	385	40425
	360	432	45360	94060	17280	14400,00	414	43470	90370	16560	13800,00	405	42525
	380	452	47460	98160	18080	15066,67	434	45570	94470	17360	14466,67	425	44625
	400	472	49560	102260	18880	15733,33	454	47670	98570	18160	15133,33	445	46725
420	500	52500	108000	20000	16666,67	480	50400	103900	19200	16000,00	470	49350	
XI.	320	392	41160	85860	15680	13066,67	374	39270	82170	14960	12466,67	365	38325
	345	417	43785	90985	16680	13900,00	399	41895	87295	15960	13300,00	390	40950
	370	442	46410	96110	17680	14733,33	424	44520	92420	16960	14133,33	415	43575
	395	467	49035	101235	18680	15566,67	449	47145	97545	17960	14966,67	440	46200
	420	500	52500	108000	20000	16666,67	480	50400	103900	19200	16000,00	470	49350
	440	520	54600	112100	20800	17333,33	500	52500	108000	20000	16666,67	490	51450
	460	540	56700	116200	21600	18000,00	520	54600	112100	20800	17333,33	510	53550
	480	560	58800	120300	22400	18666,67	540	56700	116200	21600	18000,00	530	55650
XII.	400	472	49560	102260	18880	15733,33	454	47670	98570	18160	15133,33	445	46725
	440	520	54600	112100	20800	17333,33	500	52500	108000	20000	16666,67	490	51450
	480	560	58800	120300	22400	18666,67	540	56700	116200	21600	18000,00	530	55650
	510	590	61950	126450	23600	19666,67	570	59850	122350	22800	19000,00	560	58800
	540	620	65100	132600	24800	20666,67	600	63000	128500	24000	20000,00	590	61950
	570	650	68250	138750	26000	21666,67	630	66150	134650	25200	21000,00	620	65100
600	680	71400	144900	27200	22666,67	660	69300	140800	26400	22000,00	650	68250	

* Die Beträge sind mit hundert zu vervielfachen.
 ** In der Summe ist der Sonder-Z₃ mit 5500 M. enthalten.

C.					D.					E.				
Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate	Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Lj.	Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate	Grund- gehalt u. Orts- zuschlag	105 % Lj.	Summe	Mehr- betrag	Teilbetrag für 10 Monate		
**			*		**			*		**				
72125	13000	10833,33	316	33180	70280	12640	10533,33	307	32235	68435	12280	10233,33		
76225	13800	11500,00	336	35280	74380	13440	11200,00	327	34335	72535	13080	10900,00		
80325	14600	12166,67	356	37380	78480	14240	11866,67	347	36435	76635	13880	11566,67		
84425	15400	12833,33	376	39480	82580	15040	12533,33	367	38535	80735	14680	12233,33		
88525	16200	13500,00	396	41580	86680	15840	13200,00	387	40635	84835	15480	12900,00		
92625	17000	14166,67	416	43680	90780	16640	13866,67	407	42735	88935	16280	13566,67		
96725	17800	14833,33	436	45780	94880	17440	14533,33	427	44835	93035	17080	14233,33		
101850	18800	15666,67	460	48300	99800	18400	15333,33	450	47250	97750	18000	15000,00		
80325	14600	12166,67	356	37380	78480	14240	11866,67	347	36435	76635	13880	11566,67		
85450	15600	13000,00	381	40005	83605	15240	12700,00	372	39060	81760	14880	12400,00		
90575	16600	13833,33	406	42630	88730	16240	13533,33	397	41685	86885	15880	13233,33		
95700	17600	14666,67	431	45255	93855	17240	14366,67	422	44310	92010	16880	14066,67		
101850	18800	15666,67	460	48300	99800	18400	15333,33	450	47250	97750	18000	15000,00		
105950	19600	16333,33	480	50400	103900	19200	16000,00	470	49350	101850	18800	15666,67		
110050	20400	17000,00	500	52500	108000	20000	16666,67	490	51450	105950	19600	16333,33		
114150	21200	17666,67	520	54600	112100	20800	17333,33	510	53550	110050	20400	17000,00		
96725	17800	14833,33	436	45780	94880	17440	14533,33	427	44835	93035	17080	14233,33		
105950	19600	16333,33	480	50400	103900	19200	16000,00	470	49350	101850	18800	15666,67		
114150	21200	17666,67	520	54600	112100	20800	17333,33	510	53550	110050	20400	17000,00		
120300	22400	18666,67	550	57750	118250	22000	18333,33	540	56700	116200	21600	18000,00		
126450	23600	19666,67	580	60900	124400	23200	19333,33	570	59850	122350	22800	19000,00		
132600	24800	20666,67	610	64050	130550	24400	20333,33	600	63000	128500	24000	20000,00		
138750	26000	21666,67	640	67200	136700	25600	21333,33	630	66150	134650	25200	21000,00		

Außer obigen Beträgen sind — für alle Gruppen — zutreffendenfalls zahlbar:

1. Die Frauenzulage wie bisher 2500 M.
2. Die Wirtschaftsbeihilfe wie bisher.
3. Die Kinderzuschläge " "
4. Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen (siehe besondere Hilfsstafel 2 c).

Anlage 2 b.

Hilfstafeln
für die Berechnung der Bezüge der außerplanmäßigen Beamten
der Gruppen VI—X
VI
ab 1. Juni 1922.

Dienstjahre	Grund- vergütung	Orts- klasse	Orts- zuschl.	Grdvg. und Ortsz.	Teuergs.- zuschlag	Sond.- Tz.	Summe	Mehrbetrag aus Tz.	Betreffnis aus dem Mehrbetrag des Tz.
1	12950	A	4800	17750	28119	5225	51094	8950	7458,33
		B	3600	16550	26859	5225	48634	8470	7058,33
		C	3000	15950	26229	5225	47404	8230	6858,33
		D	2400	15350	25599	5225	46174	7990	6658,33
		E	1800	14750	24969	5225	44944	7750	6458,33
2	14800	A	4800	19600	26169	5225	51094	8950	7458,33
		B	3600	18400	25009	5225	48634	8470	7058,33
		C	3000	17800	24379	5225	47404	8230	6858,33
		D	2400	17200	23749	5225	46174	7990	6658,33
		E	1800	16600	23119	5225	44944	7750	6458,33
3	15725	A	4800	20525	26482	5390	52397	9172	7643,33
		B	3600	19325	25222	5390	49937	8692	7243,33
		C	3000	18725	24592	5390	48707	8452	7043,33
		D	2400	18125	23962	5390	47477	8212	6843,33
		E	1800	17525	23332	5390	46247	7972	6643,33
4	16650	A	4800	21450	26315	5500	53265	9320	7766,67
		B	3600	20250	25055	5500	50805	8840	7366,67
		C	3000	19650	24425	5500	49575	8600	7166,67
		D	2400	19050	23795	5500	48345	8360	6966,67
		E	1800	18450	23165	5500	47115	8120	6766,67
5	17575	A	4800	22375	25390	5500	53265	9320	7766,67
		B	3600	21175	24130	5500	50805	8840	7366,67
		C	3000	20575	23500	5500	49575	8600	7166,67
		D	2400	19975	22870	5500	48345	8360	6966,67
		E	1800	19375	22240	5500	47115	8120	6766,67

Außer obigen Beträgen sind zutreffendenfalls zahlbar:

1. Die Frauenzulage von 2500 M.
2. Die Kinderzuschläge mit den dazugehörigen Teuerungszuschlägen (siehe Hilfstafel 2 c).
3. Die Wirtschaftsbeihilfe (95 % im 1. und 2., 98 % im 3. und 100 % im 4. und 5. Dienstjahre).

VII

Dienstjahre	Grund- vergütung	Orts- klasse	Orts- zuschl.	Grdbg. und Ortsz.	Teuerungs- zuschlag	Sond.- Z.	Summe	Mehrbetrag aus Z.	Betreffnis aus dem Mehrbetrag des Z.
1	14000	A	5600	19600	30830	5225	55655	9840	8200,00
		B	4200	18200	29360	5225	52785	9280	7733,33
		C	3500	17500	28625	5225	51350	9000	7500,00
		D	2800	16800	27890	5225	49915	8720	7266,67
		E	2100	16100	27155	5225	48480	8440	7033,33
2	16000	A	5600	21600	28830	5225	55655	9840	8200,00
		B	4200	20200	27360	5225	52785	9280	7733,33
		C	3500	19500	26625	5225	51350	9000	7500,00
		D	2800	18800	25890	5225	49915	8720	7266,67
		E	2100	18100	25155	5225	48480	8440	7033,33
3	17000	A	5600	22600	29060	5390	57050	10080	8400,00
		B	4200	21200	27590	5390	54180	9520	7933,33
		C	3500	20500	26855	5390	52745	9240	7700,00
		D	2800	19800	26120	5390	51310	8960	7466,67
		E	2100	19100	25385	5390	49875	8680	7233,33
4	18000	A	5600	23600	28880	5500	57980	10240	8533,33
		B	4200	22200	27410	5500	55110	9680	8066,67
		C	3500	21500	26675	5500	53675	9400	7833,33
		D	2800	20800	25940	5500	52240	9120	7600,00
		E	2100	20100	25205	5500	50805	8840	7366,67
5	19000	A	5600	24600	27880	5500	57980	10240	8533,33
		B	4200	23200	26410	5500	55110	9680	8066,67
		C	3500	22500	25675	5500	53675	9400	7833,33
		D	2800	21800	24940	5500	52240	9120	7600,00
		E	2100	21100	24205	5500	50805	8840	7366,67

Außer obigen Beträgen sind zutreffendenfalls zahlbar:

1. Die Frauenzulage von 2500 M.
2. Die Kinderzuschläge mit den dazugehörigen Teuerungszuschlägen (siehe Hilfsstafel 2 c).
3. Die Wirtschaftsbeihilfe (95 % im 1. und 2., 98 % im 3. und 100 % im 4. und 5. Dienstjahre).

VIII

Dienstjahre	Grund- vergütung	Orts- klasse	Orts- zuschl.	Grdvog. und Ortsz.	Feuerzsg.- zuschlag	Sond.- Z.	Summe	Mehrbetrag aus Z.	Betreffnis aus dem Mehrbetrag des Z.
1	15400	A	6400	21800	34165	5225	61190	10920	9100,00
		B	4800	20200	32485	5225	57910	10280	8566,67
		C	4000	19400	31645	5225	56270	9960	8300,00
		D	3200	18600	30805	5225	54630	9640	8033,33
		E	2400	17800	29965	5225	52990	9320	7766,67
2	17600	A	6400	24000	31965	5225	61190	10920	9100,00
		B	4800	22400	30285	5225	57910	10280	8566,67
		C	4000	21600	29445	5225	56270	9960	8300,00
		D	3200	20800	28605	5225	54630	9640	8033,33
		E	2400	20000	27765	5225	52990	9320	7766,67
3	18700	A	6400	25100	32218	5390	62708	11184	9320,00
		B	4800	23500	30538	5390	59428	10544	8786,67
		C	4000	22700	29698	5390	57788	10224	8520,00
		D	3200	21900	28858	5390	56148	9904	8253,33
		E	2400	21100	28018	5390	54408	9584	7986,67
4	19800	A	6400	26200	32020	5500	63720	11360	9466,67
		B	4800	24600	30340	5500	60440	10720	8933,33
		C	4000	23800	29500	5500	58800	10400	8666,67
		D	3200	23000	28660	5500	57160	10080	8400,00
		E	2400	22200	27820	5500	55520	9760	8133,33
5	20900	A	6400	27300	30920	5500	63720	11360	9466,67
		B	4800	25700	29240	5500	60440	10720	8933,33
		C	4000	24900	28400	5500	58800	10400	8666,67
		D	3200	24100	27560	5500	57160	10080	8400,00
		E	2400	23300	26720	5500	55520	9760	8133,33

Außer obigen Beträgen sind zutreffendenfalls zahlbar:

1. Die Frauenzulage von 2500 M.
2. Die Kinderzuschläge mit den dazugehörigen Feuerungszuschlägen (siehe Hilfstafel 2 c).
3. Die Wirtschaftsbeihilfe (95 % im 1. und 2., 98 % im 3. und 100 % im 4. und 5. Dienstjahre).

IX

Dienstjahre	Grund- vergütung	Orts- klasse	Orts- zuschl.	Grdvg. und Ortsz.	Teuerungs- zuschlag	Sond.- Z.	Summe	Mehrbetrag aus Z.	Betreffnis aus dem Mehrbetrag des Z.
1	17500	A	6400	23900	37908	5225	67033	12060	10050,00
		B	4800	22300	36228	5225	63753	11420	9516,67
		C	4000	21500	35388	5225	62113	11100	9250,00
		D	3200	20700	34548	5225	60473	10780	8983,33
		E	2400	19900	33708	5225	58833	10460	8716,67
2	20000	A	6400	26400	35408	5225	67033	12060	10050,00
		B	4800	24800	33728	5225	63753	11420	9516,67
		C	4000	24000	32888	5225	62113	11100	9250,00
		D	3200	23200	32048	5225	60473	10780	8983,33
		E	2400	22400	31208	5225	58833	10460	8716,67
3	21250	A	6400	27650	35695	5390	68735	12360	10300,00
		B	4800	26050	34015	5390	65455	11720	9766,67
		C	4000	25250	33175	5390	63815	11400	9500,00
		D	3200	24450	32335	5390	62175	11080	9233,33
		E	2400	23650	31495	5390	60535	10760	8966,67
4	22500	A	6400	28900	35470	5500	69870	12560	10466,67
		B	4800	27300	33790	5500	66590	11920	9933,33
		C	4000	26500	32950	5500	64950	11600	9666,67
		D	3200	25700	32110	5500	63310	11280	9400,00
		E	2400	24900	31270	5500	61670	10960	9133,33
5	23750	A	6400	30150	34220	5500	69870	12560	10466,67
		B	4800	28550	32540	5500	66590	11920	9933,33
		C	4000	27750	31700	5500	64950	11600	9666,67
		D	3200	26950	30860	5500	63310	11280	9400,00
		E	2400	26150	30020	5500	61670	10960	9133,33

Außer obigen Beträgen sind zutreffendenfalls zahlbar:

1. Die Frauenzulage von 2500 M.
2. Die Kinderzuschläge mit den dazugehörigen Teuerungszuschlägen (siehe Hilfstafel 2 c).
3. Die Wirtschaftsbeihilfe (95 % im 1. und 2., 98 % im 3. und 100 % im 4. und 5. Dienstjahre).

X

Dienstjahre	Grund- vergütung	Orts- klasse	Orts- zuschl.	Ordnung- und Ortsz.	Feuersz.- zuschlag	Sond.- Z.	Summe	Mehrbetrag aus Z.	Betreffnis aus dem Mehrbetrag des Z.
1	19600	A	7200	26800	42490	5225	74515	13520	11266,67
		B	5400	25000	40600	5225	70825	12800	10666,67
		C	4500	24100	39655	5225	68980	12440	10366,67
		D	3600	23200	38710	5225	67135	12080	10066,67
		E	2700	22300	37765	5225	65290	11720	9766,67
2	22400	A	7200	29600	39690	5225	74515	13520	11266,67
		B	5400	27800	37800	5225	70825	12800	10666,67
		C	4500	26900	36855	5225	68980	12440	10366,67
		D	3600	26000	35910	5225	67135	12080	10066,67
		E	2700	25100	34965	5225	65290	11720	9766,67
3	23800	A	7200	31000	40012	5390	76402	13856	11546,67
		B	5400	29200	38122	5390	72712	13136	10946,67
		C	4500	28300	37177	5390	70867	12776	10646,67
		D	3600	27400	36232	5390	69022	12416	10346,67
		E	2700	26500	35287	5390	67177	12056	10046,67
4	25200	A	7200	32400	39760	5500	77660	14080	11733,33
		B	5400	30600	37870	5500	73970	13360	11133,33
		C	4500	29700	36925	5500	72125	13000	10833,33
		D	3600	28800	35980	5500	70280	12640	10533,33
		E	2700	27900	35035	5500	68435	12280	10233,33
5	26600	A	7200	33800	38360	5500	77660	14080	11733,33
		B	5400	32000	36470	5500	73970	13360	11133,33
		C	4500	31100	35525	5500	72125	13000	10833,33
		D	3600	30200	34580	5500	70280	12640	10533,33
		E	2700	29300	33635	5500	68435	12280	10233,33

Außer obigen Beträgen sind zutreffendenfalls zahlbar:

1. Die Frauenzulage von 2500 M.
2. Die Kinderzuschläge mit den dazugehörigen Feuerzuschlägen (siehe Hilfstafel 2 c).
3. Die Wirtschaftsbeihilfe (95 % im 1. und 2., 98 % im 3. und 100 % im 4. und 5. Dienstjahre).

Silfstafel
zur Berechnung der Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen
ab 1. Juni 1922.

Kinderzuschlag	105 % Z.	Mehr- betrag	Betreffnis	Kinderzuschlag	105 % Z.	Mehr- betrag	Betreffnis
2400	2520	960	800	15000	15750	6000	5000
3000	3150	1200	1000	15600	16380	6240	5200
3600	3780	1440	1200	16200	17010	6480	5400
4800	5040	1920	1600	16800	17640	6720	5600
5400	5670	2160	1800	17400	18270	6960	5800
6000	6300	2400	2000	18000	18900	7200	6000
6600	6930	2640	2200	18600	19530	7440	6200
7200	7560	2880	2400	19200	20160	7680	6400
7800	8190	3120	2600	19800	20790	7920	6600
8400	8820	3360	2800	20400	21420	8160	6800
9000	9450	3600	3000	21000	22050	8400	7000
9600	10080	3840	3200	21600	22680	8640	7200
10200	10710	4080	3400	22200	23310	8880	7400
10800	11340	4320	3600	22800	23940	9120	7600
11400	11970	4560	3800	23400	24570	9360	7800
12000	12600	4800	4000	24000	25200	9600	8000
12600	13230	5040	4200	24600	25830	9840	8200
13200	13860	5280	4400	25200	26460	10080	8400
13800	14490	5520	4600	25800	27090	10320	8600
14400	15120	5760	4800	26400	27720	10560	8800

Ministerium
des
Kultus und Unterrichts
Zentralrechnungsstelle
N. C

(Vorderseite)

Anlage 3.

Karlsruhe, den 1922.

Blg. Nr.

R. C.

abgeg.

Anweisung.

I. An die Landeshauptkasse (Buchhaltereirei X).

Die Bezüge des Hauptlehrers Alois Finzer in Mösbach, Amts Achern ändern sich mit Wirkung vom 1. Juni 1922 wie umseits angegeben. Hiernach wolle Zahlung geleistet werden.

II. Nachricht hiervon dem Kreisschulamt Offenburg zur Aushändigung, an Eröffnungsstatt nach Eintrag in der dortigen Übersicht.

Die Beamten, welche Kinderzuschläge beziehen, sind verpflichtet, Tatsachen, die die Herabsetzung oder die Einstellung der Zahlung des Kinderzuschlags zur Folge haben, rechtzeitig anzuzeigen.

D.Rev. III. Eintrag.

Urschrift.

Die abgegrenzten Eden sind nicht auszufüllen.

(Rückseite)

Besoldungsgruppe VIII.

Beginn des Besoldungs-
Bergütungs- Dienstalters 1. XI. 09.

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Art der Bezüge	Bisher jährlich M	Künftig jährlich M	Mehrbetrag jährlich M	Für 10 Monate sind zuzuschreiben:			Bemerkungen. Grund d. Änderung.	
				unter R.A. II u. A. f.	M	S		
a Grund-Gehalt	29800	29800						Allg. Erhöhung des Teuerungszu- schlags vom 1. 6. 22 ab.
b Ortszuschlag	2700	2700						
c zusammen	32500	32500						
d Tz. aus Gg. u. Dz.	21125	34125	13000	143		10833	33	
e Kinderzuschläge	5400	5400						
f Tz. aus Rz.	3510	5670	2160	143		1800	—	
g Frauenzulage	2500	2500						
h Sonder Tz.	5500	5500						
i Wirtschaftshilfe	—	—						
k zusammen	70535	85695						

mit Worten: — Achtzigfünftausendsechshundertneunzigfünf Mark —

(Auf der Reinschrift Gl. I)

Druck und Verlag von Walsch & Vogel in Karlsruhe.